

München, 17.06.2021

Asbestrohre in den Kommunen: SPD fordert Bericht der Staatsregierung und Konzept zur Beseitigung der "Gefahr im Boden"

Fraktionsvizin Ruth Müller: Kommunen dürfen nicht allein gelassen werden

Jedes Jahr werden in Bayern hunderte Kanalrohre saniert. Einige der Röhren bestehen jedoch aus asbesthaltigem Material - die Auswechslung ist teuer, viele Kommunen sparen sich den Austausch. Die SPD-Fraktion und ihre stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Ruth Müller** haben in der heutigen (17.6.) Umweltausschusssitzung einen Bericht der Staatsregierung gefordert. "Viele Gemeinden in Bayern, wie etwa Stephansposching oder Adlkofen in Niederbayern, stehen bei Kanalsanierungen vor einem kostenintensiven Problem", so Müller. "Es ist unverständlich, warum die Staatsregierung ablehnt, darüber zu berichten, wie die Lage in den Kommunen aussieht."

Ferner hatte die SPD-Fraktion gefordert, dass die Staatsregierung ein Konzept für die betroffenen Gemeinden vorlegt. "Die Städte und Gemeinden dürfen hier nicht allein gelassen werden - denn das würde dazu führen, dass man die Sanierung der 'Gefahr im Boden' einfach verschiebt." In Bayern sind über 4.700 Kilometer der Asbestrohre verlegt, davon sind rund 20 Prozent bereits sanierungsbedürftig, weiß Müller aus ihrer ersten Anfrage. Bei einer geschätzten Sanierungssumme von 450 Euro pro Meter Rohr stehen die bayerischen Kommunen vor einer finanziellen Herausforderung in Milliardenhöhe.